

DIE WELT IM BLICK
FOLGE 25

Nicole Deitelhoff ist Professorin und leitet das Peace Research Institute Frankfurt (PRIF).

Nahostkonflikt: Kann Krieg überhaupt Frieden bringen?

Mit dem Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 fand nicht nur das schlimmste Massaker an Jüdinnen und Juden statt seit der Shohah, zugleich wurde ein weiteres grausames Kapitel im Nahostkonflikt aufgeschlagen. Seitdem tobt der Krieg wieder in Gaza und mit den jüngsten Luftangriffen und der Bodenoffensive Israels im Libanon droht er zum großen Regionalkrieg zu eskalieren.

Der Nahostkonflikt ist der älteste andauernde Konflikt. Seit 1948 sind mehrere Kriege geführt worden, um ihn zu beenden, doch keinem Krieg ist das gelungen. Stattdessen türmen sie auf beiden Seiten die Verletzungen, Toten und das Unrecht, die von Generation zu Generation vererbt werden. So hoch türmen sie sich, dass beide Seiten jegliche Weitsicht verloren zu haben scheinen.

So denken Teile der israelischen Regierung, dass dieser Krieg ohne Rücksicht auf palästinensische Interessen und Rechte dauerhaft zu gewinnen ist; und die Hamas verfolgt in einer Art Nihilismus nurmehr die Vernichtung allen israelischen Lebens ohne politische Perspektive für die Palästinenser. Nein, diese Kriege haben keinen Frieden auch nur näher gebracht, sondern nur mehr Krieg und Gewalt. Kriege können aus sich heraus keinen Frieden bringen: Sie können kurzfristig Gewalt unterbinden und Aggressoren stoppen.

Ohne Bearbeitung der Konfliktursachen flammen sie jedoch immer wieder auf. Der Sechs-Tage-Krieg konnte kurzfristig die Sicherheit Israels erhöhen, den Konflikt löste er nicht. Krieg kann zwar die Voraussetzung dafür sein, überhaupt wieder ins Gespräch miteinander zu kommen, indem man ein Unrechtsregime beseitigt oder einen Aggressor an den Verhandlungstisch zwingt.

Aber er kann den Frieden nicht aus sich heraus erzeugen, geschweige denn garantieren. Dafür braucht es Verhandlungen, Wiederaufbau und Stabilisierung, teilweise über Jahre und Jahrzehnte und nicht zuletzt Versöhnung. Nie war die Region dem Frieden daher näher als in Zeiten der Osloer Gespräche in den 1990ern, die letztlich durch Hardliner auf beiden Seiten zu Fall gebracht wurden. Daran gilt es anzuschließen. Darum: Lasst die Geiseln frei! Waffenstillstand sofort!



Die Abgeordnete Gökay Akbulut (Die Linke) war vergangenes Jahr selbst kurzzeitig in der Türkei festgehalten worden.

Regierung nennt Zahlen Türkei hält immer mehr Deutsche fest

Von Susanne Güsten

Die Türkei hält immer mehr Deutsche fest. Derzeit sitzen 138 Bundesbürger in türkischen Gefängnissen oder dürfen das Land wegen einer Ausreiseperrre nicht verlassen. Das sind fast 25 Prozent mehr als noch vor zwei Jahren. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken-Abgeordneten Gökay Akbulut hervor. Im Sommer 2022 lag die Zahl demnach bei 104, in diesem Frühjahr bei 131.

Akbulut wirft der Bundesregierung vor, diesen Trend mit einer Beschwichtigungspolitik gegenüber dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan und der verstärkten Abschiebung von Türken zu fördern.

Antiterrorgesetze schränken die Meinungsfreiheit ein

Unter den derzeit 77 Deutschen in türkischer Haft sind mindestens elf deutsch-türkische Doppelstaater, wie das Auswärtige Amt auf Akbuluts Anfrage hin mitteilte. Drogen-, Gewalt- und Eigentumsdelikte seien die häufigsten Haftgründe.

Bei 13 Deutschen werde die Haft mit einem Verstoß gegen die türkischen Antiterrorgesetze begründet. Diese Gesetze ahnden auch Meinungsäußerungen, die in Deutschland und der EU nicht strafrechtlich relevant sind.

Besonders Doppelstaater, die sich in Deutschland etwa in den sozialen Medien kritisch über die Türkei äußern, laufen Gefahr, bei Besuchen in der Türkei deshalb verhaftet zu werden.

Weitere 61 Deutsche dürfen die Türkei nicht verlassen und müssen sich in den meisten Fällen re-

gelmäßig bei der Polizei melden. Darunter sind 19 Beschuldigte, die gegen die Antiterrorgesetze verstoßen haben sollen.

Auswärtiges Amt warnt vor willkürlichen Festnahmen

Seit Jahresbeginn wurde darüber hinaus 16 Bundesbürgern in der Türkei die Einreise verweigert; seit 2022 habe es 101 solche Fälle gegeben, so das Auswärtige Amt.

Das Ministerium warnt in seinen Reisehinweisen zur Türkei, die zuletzt Mitte September aktualisiert wurden, vor willkürlichen Festnahmen. Das könne auch Besucher aus Deutschland treffen, die bei vorherigen Reisen unbehelligt geblieben seien.

„Die türkischen Strafverfolgungsbehörden führen offenbar umfangreiche Listen von Personen mit Wohnsitz in Deutschland, die auch ohne hinreichende Vorermittlungen zum Ziel von Strafverfolgungsmaßnahmen werden können“, erklärt das Auswärtige Amt in seinen Reisehinweisen.

Abgeschobene Kurden besonders gefährdet

In vielen Fällen kommen die Betroffenen demnach in Haft, weil ihnen Propaganda für die kurdische Terrorgruppe PKK oder die Bewegung des Predigers Fethullah Gülen vorgeworfen wird.

Während die PKK sowohl von Deutschland als auch von der Türkei als Terrororganisation eingestuft wird, sieht die Bundesrepublik die Anhänger des Predigers Gülen nicht als Mitglieder einer Terrorgruppe, die Türkei hingegen sehr wohl. Erdogan macht Gülen für den gescheiterten Putschversuch in der Türkei im Jahr 2016 verantwortlich.

”

Die türkischen Strafverfolgungsbehörden führen offenbar umfangreiche Listen von Personen mit Wohnsitz in Deutschland, die auch ohne hinreichende Vorermittlungen zum Ziel von Strafverfolgungsmaßnahmen werden können.

Das Auswärtige Amt in seinen Reisehinweisen für die Türkei

101
Bundesbürgern wurde seit 2022 die Einreise in die Türkei verweigert.

Akbulut, die im vergangenen Jahr bei einem Türkei-Besuch selbst vorübergehend festgenommen wurde, sieht mehr als mangelnde Toleranz der türkischen Behörden hinter der Zunahme von Festnahmen und Ausreiseperrren.

„Die Bundesregierung muss endlich den Menschenrechten Vorrang vor geopolitischen Interessen einräumen“, sagte die Linken-Abgeordnete dem Tagesspiegel. Berlin müsse sich konsequenter für die Freilassung von Deutschen in der Türkei einsetzen.

Akbulut nennt deutsche Praxis „höchst unverantwortlich“

Solange die Bundesregierung ihre Türkei-Politik nicht ändere, werde das Erdogan-Regime dies „weiterhin schamlos ausnutzen“, sagte Akbulut. Deshalb sei es „höchst unverantwortlich“, dass Deutschland immer mehr türkische Staatsbürger in die Türkei abschiebe. Besonders Kurden seien „einer erhöhten Gefahr ausgesetzt, dort willkürlich inhaftiert zu werden“.

Deutsche Behörden hatten in der ersten Jahreshälfte 441 Menschen in die Türkei abgeschoben. Die „FAZ“ berichtete Ende September, Berlin habe grünes Licht aus Ankara für die Abschiebung von bis zu 500 Türken pro Woche erhalten. Die türkische Regierung wies die Meldung als „Desinformation“ zurück.

Auch die Bundesregierung bestätigte den Bericht nicht. Sie erklärte aber, sie habe erreicht, dass die Türkei ihre Staatsbürger schneller zurücknehme. Rund 15.600 türkische Staatsbürger in Deutschland sind nach offiziellen Zahlen ausreisepflichtig.